



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

E/IV/109

Hannover, 7. September 1949

Europa zunächst ohne Deutschland

=====

J.S. Die Geschichte der vorläufigen Ablehnung Deutschlands in Strassburg - nicht anders kann man das nennen, was sich in der schönen Stadt am Rhein tat - lässt sich an einigen Schlagzeilen aus deutschen Zeitungen rekonstruieren: 13.8.: "Europa an Deutschland"; 18.8. "Churchill: Kein Europa ohne Deutschland"; 19.8.: "Strassburg über Tempo nicht einig"; 20.8.: "Aufnahme Deutschlands verfrüht."; 2.9.: "Wärmere Worte aus Strassburg"; 3.9.: "Deutschlandfrage in Strassburg vertagt"; 7.9.: "Vorläufig ohne Deutschland"

In diesen Schlagzeilen spiegeln sich die Hoffnungen, später die Enttäuschungen und schliesslich die Resignation wider, eine ganze Skala von Gefühlen, mit denen Deutschland auf das reagierte, was aus Strassburg kam. Nun gilt es, die Hoffnungen zu vertagen und in den nächsten Monaten die Resignation zu überwinden.

Als der Europarat am 8. August zusammentrat, am 10. August Herriot von Deutschland erst eine Bewährungsprobe verlangte, am 12. August Reynaud, freundlicher als Herriot, aber doch auch mit Vorbehalten, die Deutschlandfrage anschnitt, als schliesslich am 14. August Aussenminister Schuman seine "Wenn" und "Aber" mit der Saarfrage angebracht hatte, war so nach einer Woche interessanter Gespräche die Situation geklärt. Churchill kannte nun die Stimmung unter seinem grössten Partnern und so konnte er am 16. August, gewissermassen als Spähtrupp, den Holländer Goes van Maters mit dem Versuchsballon einer Empfehlung vorschicken, Deutschland in den Europarat aufzunehmen. Der vorbereiteten Versammlung konnte Churchill einen Tag später die konkrete Forderung nach einem beschleunigten Verfahren zur Aufnahme Deutschlands

P/IV/109

- 2 -

7. September 1949

vorlegen, mit der vernünftigsten Begründung, die es für diesen Fall gab: "Ein einiges Europa kann ohne die Hilfe und Stärke Deutschlands nicht leben."

Das war für die deutschen Erwartungen der Höhepunkt, nach diesem Tag begannen die Enttäuschungen. Zwar fand noch der ehemalige

französische Aussenminister Bidault freundliche, aber unverbindliche Worte für Deutschland, zwar fiel kurz danach noch das Wort vom ersten

Präsidenten des Europarates, Henri Spaak, dass Deutschland in kurzer Zeit dem Europarat angehören werde, aber das waren mehr oder weniger

getarnte Rückzugemanöver. Schliesslich verrannen die letzten Reste des deutschen Optimismus in der vom Politischen Ausschuss des Europarats

ausgearbeiteten Formel, dass der Ministerausschuss vor der nächsten Sitzungsperiode des Rates "die Zulassung neuer Mitglieder und neuer

beigeordneter Mitglieder" erörtern soll. Wenn nicht dazwischen kommt, tritt das Europa-Parlament wieder in einem Jahr zusammen, wann der be-

sagte Ministerausschuss vor der Plenarsitzung zusammentreten wird, ist nicht einmal angedeutet worden.

Churchill hatte sich, als er für seinen Vorschlag wenig Gegenliebe gefunden hatte, grollend von Strassburg abgesetzt. Westdeutsch-

land kann es sich nicht leisten, dem Beispiel Churchills zu folgen. Nicht allein Deutschland zuliebe, sondern um Europa willen, muss West-

deutschland beweisen, ohne sich etwas zu vergeben, dass es durchaus würdig ist, in Strassburg aufgenommen zu werden. Zwar könnte man dem

misstrauischen Herriot sagen, dass Deutschland bereits eine Bewährungsprobe abgelegt habe, damals nämlich, als der Bolschewismus zu einem

Frontalangriff über Berlin an den Rhein ansetzte, ihn mit einem Flankenangriff über den italienischen Bolschewismus kombinierte und über

die kommunistische Arbeiterschaft Frankreichs mit verkehrter Front die Zange schliessen wollte, die Europa zermalmen sollte. Hätten damals

die Deutschen, hätte Berlin versagt, dann wäre heute Herriot kaum in der Lage gewesen, in Strassburg eine Bewährungsprobe zu verlangen.

Dies brauchte man Herriot nicht zu beweisen, er müsste es als einer der erfahrensten Staatsmänner Europas selbst wissen. Aber man

könnte etwas anderes unternehmen, um Herriot und allen, die Churchill in Strassburg verstanden haben, das heutige Deutschland verständlich

P/IV/109

- 3 -

7. September 1949

zu machen. Man könnte z.B. eine Abordnung solcher Politiker nach Deutschland einladen, damit sie Land und Leute in ihrer heutigen

Verfassung an Ort und Stelle kennen lernen. Man müsste sie an die Brennpunkte Deutschlands führen: in den Bundestag in Bonn, in die mit

Panzern besetzten Werkhallen der Ruhrchemie in Oberhausen, nach Wolfsburg und in die Flüchtlingslager Uelzen und Moschendorf, damit der

Blick hinter den Eisernen Vorhang nicht vergessen werde. Dann müsste man die Abordnung nach Berlin schicken, damit sie sich dort, wo Europa

heute aufhört, davon überzeugen kann, welche Bewährungsprobe Deutschland für Europa bereits abgelegt hat. Diese Abordnung müsste auch der

(sp) sozialistische Innenminister Frankreichs, Jules Moch, angehören, der, ohne jemals rechts vom Rhein gewesen zu sein, inmitten der Strassburger

Verhandlungen ein Urteil über Deutschland gefällt hat, das auf die Beschlüsse nicht ohne Einfluss geblieben sein dürfte. Vielleicht wür-

den dann die, die jetzt in Strassburg "Nein" gesagt haben, zur gleichen Überzeugung kommen wie die Pariser Zeitung "Le Monde", dass es

ein verunglücktes Europa sei, das Ankara aufnehme und Bonn zurücklasse.

Es geht um den Bundespräsidenten

(sp) Nicht nur die Dürkheimer Beschlüsse hat der "Kleine Parteitag" der SPD genehmigt, ein Gremium von fast zweihundert Männern, die der SPD in allen Teilen Deutschlands und Berlins das Gesicht geben. Dieses Gremium hat sich auch der Auffassung Dr. Schumachers angeschlossen, dass keiner der bisher von der Gegenseite genannten Kandidaten für den Posten des Bundespräsidenten mit der Zustimmung der SPD rechnen könne. Das bringt Dr. Adenauer in eine unangenehme Situation, denn in der Bundesversammlung, die am 12. September den Bundespräsidenten zu wählen hat, liegen die Kräfteverhältnisse anders als im eigentlichen Bundestag und so manches bei der Koalitionsbildung verächtlich beiseitegeschobene Moment kann sich bei der Wahl des Bundespräsidenten zu einem Zünglein an der Waage entwickeln. Dr. Ade-

7. September 1949

nauer wird den Sessel des Bundespräsidenten nicht so souverän zuteilen können, wie er die Ministersessel verteilt hat, er wird stärker als bisher auf die Stimmen hören müssen, die ihm von der linken Seite seiner eigenen Fraktion warnend entgegenschallen. Dass die SPD in Erwägung zieht, einen eigenen Kandidaten für den Bundespräsidenten aufzustellen, trägt ebenfalls nicht dazu bei, das Konzept Dr. Adenauers zu vereinfachen.

Warum die SPD in die Opposition geht, ist wiederholt und ausführlich gesagt worden. Nichtsdesto-weniger hat Dr. Schumacher bei der Interpretation der Dürkheimer Beschlüsse in Köln noch einmal mit einem prägnanten Satz die Lage der SPD dargelegt: "Wir standen vor der grossen Frage, entweder durch Verstrickung in eine Regierung, deren Politik wir ablehnen, hinein- und später herabgezogen zu werden, um schliesslich an den Schwierigkeiten des Partners die eigene Zukunft zu riskieren, oder die Klärung der Fronten zu einer Kräftigung und Erneuerung unserer Partei zu nützen."

Dass der Bundestag ein Minimum an zentraler Gewalt erreicht hat, ist auf die konsequente Haltung der SPD, kulminierend in den Beschlüssen vom 20. April, zurückzuführen. Nicht seinem eigenen Konzept, auch nicht seinen Handlungen zur Zeit des Parlamentarischen Rates verdankt es Dr. Adenauer, wenn ihm das Regieren heute erleichtert worden ist. Trotzdem bestehen heute schon wieder Strömungen, die für Gesamtdeutschland wichtigen Erfolge des 20. April dadurch zu entwerten, dass man dem Bundesrat als Vertreter der Länder ein Übergewicht über den Bundestag geben möchte. Dr. Schumacher hat am Vorabend der Eröffnung des Bundestages auf diese Entwicklung hingewiesen und warnend seine Stimme erhoben. Er hat dabei unmissverständlich den Willen der SPD zum Ausdruck gebracht, dass sie eine Verwässerung des 20. April mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern wissen werde. (m/2/79/he)

7. September 1949

(sp) Von einem Mitarbeiter in Österreich, der häufig in Rom weilt und über die Verhältnisse in Italien gut informiert ist, erhalten wir den nachstehenden Bericht.

Wie ein Ex-Gauleiter in Rom lebt

Alliierte Behörden haben sich gegenüber Deutschen, die im Ausland leben, seit Kriegsende mehr oder weniger indifferent verhalten. Sie ge-

währen auch heute in Fällen der Not weder Schutz noch Hilfe. Selbst bei Tod oder schwerer Krankheit von Anverwandten in den Besatzungszo-

nen wird jeder Besuch unmöglich gemacht. Es gibt allein den langwie-

rigen Weg der Repatriierung, wobei das alliierte Permit-Office in Rom

als einzige Visumstelle für Deutschland in Italien mit teilweise un-

glaublichen Schikanen für die Betroffenen vorgeht. Die deutsche Spra-

che ist für Deutsche bis heute nicht zugelassen. Jedes Attest eines

deutschen arztes aus Deutschland muss zum Beispiel für teures Geld ins

Englische übersetzt, beglaubigt und amtlich abgestempelt werden. Viele

deutsche Mädchen und Frauen, die entweder nach normalen Gesetzen straf-

fällig geworden sind oder die ihren eigenen Lebensunterhalt nicht mehr

bestreiten können, fallen im Frauenlager Farfa (wo soeben Szenen des

Rossellini-Bergmann-Films "Gotteseerde" gedreht wurden) italienischer oder

vatikanischer Wohlätigkeit zur Last. Sie können sich die Kosten, die

das alliierte Permit-Office für eine Repatriierung verlangt, nicht lei-

sten oder sie haben keine Angehörigen in den westlichen Besatzungszonen,

die ihnen Zuzugsgenehmigung und andere Bescheinigungen beschaffen können. Wenn es im Lager Farfa zeitweise zu tollen Zuständen gekommen ist, so

tragen allein alliierte Stellen in Deutschland daran die Schuld; denn man kann es dem geduldigsten Menschen nicht übel nehmen, wenn er an-

gesichts der Unmöglichkeit, in die Heimat zurückkehren zu dürfen, uner-

laubte Dinge tut. Immerhin ist der Krieg nun viereinhalb Jahre be-

endet. In den Lagern Fraschette di Alatri (Frosinone) und auf den Li-

parischen Inseln sitzen die Männer, denen die Heimkehr nach Deutsch-

land von den Alliierten unmöglich gemacht wird; hier haben sich die

Lebensbedingungen in letzter Zeit wesentlich gebessert. Nach wie vor

ist aber nicht einzusehen, dass Deutsche hier der italienischen Wohl-

fahrt zur Last fallen müssen, weil das schikanöse System alliierter

Behörden ihnen die Heimkehr verweigert.

Angesichts dieser unbestreitbaren Tatsachen, unter denen zahl-

reiche ehrliche und anständige Deutsche zu leiden haben, ist die In-

teresselosigkeit alliierter Stellen für das Treiben einer Gruppe von

Menschen um den ehemaligen Gauleiter Lauterbacher in Rom noch unver-

P/IV/109

- 6 -

7. September 1949

ständlicher. Britische Stellen haben sich durch monatelanges Still-
schweigen daran uninteressiert erklärt. Lauterbacher und seine Grup-

pe können der italienischen Polizei bisher mit Erfolg vormachen,
dass sie sich amerikanischer Unterstützung erfreuen. Gewisse Anzei-

chen lassen darauf schliessen, dass diese Elemente von der italieni-
schen Polizei zu Spitzeldiensten benutzt werden - natürlich nicht

unter ihren "ehrlichen" deutschen Namen. Ihre Denunziationen zu völ-
lig durchsichtigen Zwecken haben jedenfalls im römischen Innenministe-

rium Gehör gefunden. Lauterbacher ist der Verantwortliche für ein
Netz, das zumindest zwischen Rom, Linz und München gespannt ist. Der

SD-Führer Hass wirkt unter dem Namen Carlo Mario als Verbindungsmann
zu Kreisen des neofaschistischen "Movimento Sociale Italiano" (MSI),

Und wie weit der SD-Führer Feuchtinger, dessen Menschenmisshandlungen
in der letzten Kriegszeit den deutschen Namen schändeten, auf seinen

Reisen zwischen Rom und München mit einem österreichischen Pass Dien-
ste leistet, wird noch festzustellen sein. Es scheint, als ob die Zen-

trale und Finanzquelle in Linz gegenwärtig nicht recht funktioniere.
Lauterbacher, der in Rom bei einem Araber wohnt, nimmt unter anderem

auch stark an Entwicklungen im Nahen Osten teil. Die Gruppe geniesst
jedemfalls erhebliche Protektionen nichtitalienischer Kreise.

Infolge der bedingungslosen deutschen Kapitulation und der Aus-
schaltung aller Deutschen aus Dingen, die die Aussenpolitik ihrer Hei-

mat betreffen, beginnen unerträgliche Zustände zu erwachsen. Die Al-
liierten haben eine schwere und grosse Verantwortung für die politi-

sche Sauberkeit von Deutschen im Ausland übernommen. Im Fall Italien
haben sie es bisher unterlassen, selbstverständliche Konsequenzen aus

dieser übernommenen Verpflichtung zu ziehen. Italien kann kein Vor-
wurf gemacht werden: die teilweise ungerechten Entnazifizierungsprozesse

in Deutschland mussten in Anbetracht der immer grossherzigen Haltung
des Landes gegenüber politischen Flüchtlingen zur fast wahllosen Auf-

nahme von fliehenden Deutschen führen.

(b/69/2/he)

Verantwortlich: i.V. Josef Schmitt